

527 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten  
und wirtschaftliche Integration

über den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1971,  
betreffend eine Erklärung der Republik Österreich gemäß  
Artikel 36 Absatz 2 des Statuts des Internationalen Ge-  
richtshofes

Mit der vorliegenden Erklärung unterwirft sich Öster-  
reich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit der  
generellen obligatorischen Kompetenz des Internationalen  
Gerichtshofes in allen Rechtsstreitigkeiten, soweit sie  
die Auslegung eines Vertrages, Fragen des internationalen  
Rechtes, die Verletzung einer internationalen Verpflichtung  
sowie im Zusammenhang damit Wiedergutmachungsansprüche be-  
treffen. Die Erklärung wird zunächst für die Dauer von 5  
Jahren abgegeben und kann danach durch eine gegenteilige Er-  
klärung widerrufen oder abgeändert werden. Auf Grund eines  
Vorbehalts wird sich die Erklärung nur auf solche Streitfälle  
beziehen, für deren bindende und endgültige Beilegung auf  
anderem Wege nicht bereits Vorsorge getroffen wurde oder wird.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung der vor-  
liegenden Erklärung die Erlassung eines besonderen Bundesge-  
setzes im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des  
Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht  
erforderlich.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirt-  
schaftliche Integration hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 23. März 1971 in Verhandlung gezogen und  
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen  
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnisse seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration  
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

./.

- 2 -

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 3. März 1971, betreffend eine Erklärung der Republik Österreich gemäß Artikel 36 Absatz 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 23. März 1971

Dr. G o e s s  
Berichterstatter

Ing. G u g l b e r g e r  
Obmann